

Demokratische Transition und Marktorientierung

Elemente einer universellen Theorie der "Entwicklung"

Rainer Tetzlaff

Seit Beginn der 90er Jahre gibt es eine Diskussion über die "Krise der Entwicklung(spolitik)" sowie über das angebliche "Ende der großen Theorien" über "Entwicklung" – ein vielstimmiges Palaver zwischen Resignation und Illusion, das viele kluge Einsichten hervorgebracht hat, aber auch dazu tendiert, komplexe Realitäten zu sehr zu vereinfachen und auf diese Weise neue Fehlimpulse für die internationale Zusammenarbeit zu geben. Sicherlich, der Fortschrittsoptimismus der frühen Jahre, der sich in der Überzeugung niederschlug, wirtschaftliches Wachstum und soziale Modernisierung seien durch Kapitalhilfe und Technische Hilfe von außen rasch und überall herstellbar, scheint heute gegenstandslos geworden zu sein, von der "großen Ausnahme" der asiatischen Tigerstaaten abgesehen. Das Ausmaß der Armut – um nur einen Indikator für nicht geglückte Entwicklung im Weltmaßstab zu nennen – hat sich nicht verringert: die Zahl von 700 Millionen absolut Armen, die zu Beginn der 70er Jahre von Weltbankpräsident McNamara als nicht hinnehmbare Provokation für jeden seriösen Entwicklungspolitiker beklagt worden war, konnte nicht verringert werden; im Gegenteil, sie hat wahrscheinlich die Grenze zur Milliarde inzwischen überschritten. Kein Wunder also, daß die optimistischen Erwartungen von einst einem weitverbreiteten Entwicklungspessimismus gewichen sind, der sich sowohl bei Politikern wie bei Publizisten, Politologen und Wirtschaftswissenschaftlern bemerkbar macht.

Mißverständnisse über Theorien

Im folgenden sollen jedoch einige Argumente für die These vorgetragen werden, daß das modische Gerede vom "Ende der Entwicklungstheorie" den beobachtbaren Sachverhalt in einer dynamisch sich weiterentwickelnden Weltgesellschaft nicht trifft. Man schilt die Theorie, während in Wirklichkeit der Gegenstand gemeint ist! Hier liegt offensichtlich eine **kognitive Unschärfe** vor: Aus der Tatsache, daß sich zahlreiche Gesellschaften (in Afrika, dem Nahen Osten und Südasien) kaum oder gar nicht "entwickelt" haben und die Armut vielerorts zugenommen hat, kann nicht zwingend geschlossen werden, die propagierte Theorie der Entwicklung an sich sei falsch, habe versagt und müsse demzufolge durch andere Konzepte für das selbe Ziel ersetzt werden.

Eine Entwicklungstheorie kann auch dann in sich stimmig und potentiell wegweisend sein, wenn ihre konkrete Anwendung im ersten, zweiten oder dritten Anlauf nicht gelingt, weil z.B. interne oder externe Blockierungen ihre erfolgreiche Implementierung verhindern. Das rußländische Beispiel lehrt uns, daß "Entwicklung" im Sinne pluralistischer Marktwirtschaft nicht voraussetzungslos in jeder Gesellschaft zu jedem beliebigen Zeitpunkt verwirklicht werden kann; zahlreiche Beispiele in Schwarzafrika demonstrieren, daß "Entwicklung" im Sinne von pluralistischer Demokratie, verfaßter Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte – obwohl diese als regulative Ideen von hohem Wert anerkannt sind – nicht ohne kulturelle Verankerung im Habitus entscheidender Gruppen gedeihen kann und offenbar längerer Vorbereitungszeiten bedarf.

Es zeigt sich, daß "Entwicklung", obwohl als individuelles und gesellschaftliches Wunschziel angestrebt, unter gewissen Umständen in bestimmten Gesellschaften nicht realisiert werden kann. Es könnte z.B. sein, daß dieses Ziel nur eins unter mehreren miteinander konkurrierenden Zielen ist. Wenn – um ein Beispiel aus Afrika zu nennen – die soziale Egalität aller Mitglieder eines Dorfes oder einer anderen Wohn- und Überlebensgemeinschaft einen höheren Wert darstellt als die Akkumulation von gespartem Kapital in der Hand eines Unternehmers, die notwendig ist, damit er weiterhin auf dem Markt konkurrenzfähig bleibt, dann kann nicht erwartet werden, daß "Entwicklung" funktioniert. Denn Entwicklung – im modernen Sinne – ist nicht ein wertneutrales, technisch beliebig manipulierbares Verfahren, sondern ist an

gewisse kulturelle Anpassungsleistungen der Gesellschaft bzw. ihrer einzelnen Teilgruppen gebunden, – wie Axelle Kabou in ihrem provokanten Buch "Weder arm noch ohnmächtig" betont hat.

Die entscheidende Frage lautet daher nicht, ob die gängige Theorie der Entwicklung (sie folgt, wie könnte es anders sein, einer kapitalistischen Marktlogik), richtig und perfekt ist oder nicht (sie läßt sich immer verbessern), sondern ob sie von den Herrschaftseliten konsequent gewollt und implementiert wird. Die Tatsache, daß die strategischen Gruppen in Afghanistan oder im Sudan zur Zeit das (westliche) Modell nachholender Entwicklung (durch Industrialisierung und Anpassung an Weltmärkte) nicht wollen, und daß anderswo Staatsklassen sich so verhalten, daß sie selbst zum größten Entwicklungshindernis geworden sind (Beispiele Burma, Kambodscha, Kongo/Zaire), besagt doch noch nichts über die Stichhaltigkeit einer Entwicklungstheorie!

Demnach müssen in der Diskussion über Defizite, Versagen oder das Ende der Entwicklungstheorien drei Dimensionen unterschieden werden:

- Verstehen alle, die sich auf diesen Weg begeben, unter "Entwicklung" wirklich das selbe, und wenn ja, entspricht ihrer politischen Rhetorik auch ihr politisches Handeln (Theorie-Praxis-Diskrepanz)?
- Bieten die gängigen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Theorien hinreichend genaue konkrete Erkenntnisse in Bezug auf die praktische Umsetzung ihrer Einsichten angesichts sehr unterschiedlicher Ausgangs- und Rahmenbedingungen?
- Ist "Entwicklung" als universelle Erwartungsnorm in der modernen Weltgesellschaft für alle ihre Segmente eine vernünftige, weil zu annehmbaren Kosten realisierbare Strategie, oder überwiegen mancherorts die Schäden (z.B. im Ökologiebereich) die Nutzeffekte (im Ökonomiebereich)?

Alle drei Fragen könnten verneint werden, nämlich dann, wenn die Bewertungskriterien extrem anspruchsvoll formuliert würden. Natürlich weiß jeder, daß die Entwicklungsanstrengungen in Ostasien viel eher der programmatischen Norm entsprechen als die in Schwarzafrika, oder daß der ökologisch vernünftige Vorsatz der nachhaltigen Entwicklung zum sofortigen Abbruch der meisten Entwicklungsprojekte führen müßte, würde mit ihm nur ernst gemacht – aber in der rauhen Wirklichkeit der Staatenwelt haben

überhöhte Wertmaßstäbe wenig Bestand: Sie erklären Realität nicht, sondern können sie allenfalls zutreffend kritisieren.

Trotz aller Unkenrufe über das Scheitern der Entwicklungstheorie(n) müssen wir staunend zur Kenntnis nehmen, daß die schlechte alte Entwicklungsidee weiter auf dem Vormarsch ist – ihre Kritiker in der 2. und 3. Welt werden weniger, ihre Imitatoren und Bewunderer nehmen an Zahl zu! Es ist ein auffallender **Trend zur Universalisierung von Entwicklungsnormen** erkennbar. Nach dem Ende des Ost-West-Antagonismus ist sichtbar geworden, daß nur noch ein Entwicklungsmodell akzeptiert wird (wenn auch in regional verschiedenen Spielarten), und daß dieses seine Imperative aus der (für viele Teilnehmer ruinösen) Dynamik kapitalistischer Weltgesellschaft bezieht. Die Zeit alternativer Entwicklungsexperimente ist – wie es scheint – endgültig vorbei. Eine Weltmonokultur ist im Entstehen begriffen, die der Zweiten und Dritten Welt beim Prozeß nachholender Entwicklung nur noch enge Handlungsspielräume zugesteht.

Sie hat auch schon einen Namen: "*structural adjustment*" in Hinblick auf globalisierte Märkte (weltmarktorientierte Struktur-anpassung). Weltbank und Währungsfonds sind die internationalen Agenturen, die bei der Realisierung dieses Konzepts mittels Finanzieller und Technischer Zusammenarbeit helfen. Ihren größten Erfolg erzielten sie mit der friedlichen Eroberung der einstigen sozialistischen Staaten: Sie sind alle Mitglied im Bretton-Woods-Klub geworden und beherzigen die Klubregeln. Nach 50 Jahren ist endlich die universelle Mitgliedschaft erreicht – und damit das vorläufige Ende des Kampfes der alten Ideologien.

Als paradox muß daher die leider ebensowenig negierbare Einsicht erscheinen, daß aus der Perspektive nachhaltiger Entwicklung (die die Zukunftsfähigkeit der Erde für nach uns kommende Generationen im Visier hat) **das westliche Entwicklungsmodell im Augenblick seines historischen Triumphs über Gegner und Konkurrenten als immer weniger universalisierbar und wünschbar erscheint**. Damit müßte es als regulative Weltidee an Attraktivität verlieren, was aber bei den Gesellschaften der Zweiten und Dritten Welt sowie bei den international tätigen Entwicklungsexperten nicht der Fall ist. Im Gegenteil: Man macht auf dem alten Weg weiter, weil man keinen alternativen Begriff von Entwicklung (etwa im Sinne von Bob Goudzwaards und Harry de Langes Plädoyer für eine neue Ökonomie)

akzeptieren kann. Daß daraus ein Motivations- und Glaubwürdigkeitsdilemma entsteht, liegt auf der Hand: Wie kann etwas propagiert und finanziert werden, von dessen Wert man zunehmend weniger überzeugt ist, weil – langfristig gesehen – die Kosten die Nutzeffekte übersteigen?

Die Dominanz des kapitalistischen Entwicklungssystems

Hier wird also die These vertreten, daß sich mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ein bestimmtes Entwicklungskonzept weltweit Bahn gebrochen habe. Dieses potentiell universell gültige Konzept, das im Rahmen der Staats- und Modernisierungstheorien schon seit den sechziger Jahren theoretisch reflektiert und von vielen propagiert worden ist, fußt auf der politisch herstellbaren, d.h. variablen Kombination von mindestens **vier normativen Zielen**:

- politische Partizipation einer möglichst großen Zahl von betroffenen Menschen an für sie lebenswichtigen Entscheidungen (partizipative Demokratie);
- freier Wettbewerb von Ideen, politischen Programmen und Waren auf regulierten Märkten (freie Marktwirtschaft);
- Anerkennung des Staats als der einzig legitimen Instanz, die politische Gewalt zum Schutze der friedlichen Gesellschaftsordnung androhen und notfalls auch ausüben darf (Gewaltmonopol des modernen Staats);
- Anerkennung von Rechten und Pflichten des Menschen gegenüber der politischen Gemeinschaft sowie – auch umgekehrt – der Bindung von Politik an rechtsstaatliche Prinzipien (Menschenrechte und Rechtsbindung von Politik).

Diese vier Prinzipien und Normen lassen sich in kulturspezifischer Weise von Gesellschaften je nach eigener Tradition und eigenem Präferenzsystem kombinieren, zur Zeit aber nicht durch Alternativen ersetzen. Alle Spielarten des sozialistischen Entwicklungsweges und der etatistischen zentristischen (anti-pluralistischen) Versuche, Entwicklung von oben zu dirigieren, haben sich für das gegenwärtige Bewußtseinsniveau der auf Fortschritt fixierten Menschheit als historische Sackgassen erwiesen.

Dieser Sachverhalt ist nicht als "ewig gültiges" Naturgesetz mißzuverstehen, sondern als Produkt spezifischer Epochenumstände. Die kapitalistische Entwicklungstheorie des nachholenden Wirtschaftswachstums hat sich nicht etwa als der

bessere, humanere oder einzig denkbare Weg zu einem guten Leben in der Gesellschaft (die uralte Frage der politischen Philosophie) erwiesen, sondern als das Konzept, das allein die echten oder falschen Bedürfnisse des post-traditionalen Menschen, den Nerv des "industrial man", in einer sich säkular durchsetzenden Weltgesellschaft trifft: die Verheißung auf ein materiell gesicherteres, abwechslungsreicheres und genußvolleres Leben.

Die traditionelle Beschränkung der menschlichen Handlungsoptionen nach Raum, Lebensalter und Sitte soll durch Entwicklungspolitik bewußt aufgebrochen werden: die Grenzüberschreitung wird gewollt und geplant, nicht zuletzt durch universelle Bildungsinhalte. UNDP hat diesen postkolonialen Entwicklungsbegriff sehr zutreffend mit der Metapher umschrieben: **Optionen zu haben**, unter verschiedenen Möglichkeiten auswählen zu können. Das ist auf der Ebene der regulativen Ideen eine wirkliche Alternative zu traditionellen Wertemustern, die anstelle der individuellen Chancenmaximierung das Wohlbefinden einer Werte- und Zweckgemeinschaft präferierten, der sich der Einzelne unterzuordnen hatte und von der er seine Menschenrechte und Pflichten zugeteilt bekam. Im sich industrialisierenden Indien etwa siegte die Modernisierungsoption Nehrus über die antiwestliche rückwärtsgewandte Solidaritätsutopie Gandhis, die in vielem *vernünftiger* (im Sinne von "sustainability") war, aber eben von den tonangebenden Gruppen (Bildungs- und Entscheidungseliten) mehrheitlich abgelehnt wurde.

Ähnlich ist es dem einzigen Alternativen Afrikas – dem Reformier Thomas Sankara, Präsident Burkina Fasos – ergangen: Wie Gandhi wurde er ermordet. Generell greift also noch immer die Hoffnung der Modernisierungstheoretiker: Über Anleihen im begüterten Ausland will "man" aktiver Teil der technisch-wissenschaftlichen Weltzivilisation werden (die Strategie der verschuldeten Industrialisierung). Und schätzungsweise ein Drittel der mobilisierten Gesellschaft wurde dies auch, aber eben nur ein Drittel oder gar noch weniger.

Der eigentliche Konflikt in der Entwicklungsdiskussion besteht daher nicht (mehr) im Wettstreit um die besseren Konzepte, sondern in der Differenz der Beurteilung der regional stark unterschiedlichen **Integrationschancen**: Wieviel Prozent der Weltgesellschaft können von moderner Entwicklung profitieren, wie groß ist der Anteil der Marginalisierten und Ausgeschlossenen? **Das**

eigentliche Problem ist das der sozio-ökonomischen Exklusion, oder anders gesagt, das der wachsenden Kluft zwischen Besitzenden und Armen, zwischen überlebensfähigen und aus eigener Kraft nicht überlebensfähigen Gesellschaften, die letztendlich – freiwillig oder nicht – alle das selbe wollen: in der modernen Weltgesellschaft möglichst gut überleben. Entwicklung in diesem Sinne wird von allen angestrebt, aber ist nicht für alle (Staaten, Statusgruppen und Individuen) erreichbar. Dem US-amerikanischen Politologen Graham Fuller ist daher zuzustimmen: "Auch ohne Gegenmodelle erzeugt schon der einfache Widerwille gegen den schmerzhaften Prozeß der Verwestlichung reichlich Nahrung für Demagogen und radikale Bewegungen".

Gibt es Alternativen?

Der Weltmarkt ist das Weltgericht, auch für Entwicklungsideen und Entwicklungsleistungen. Die Konkurrenz auf den Weltmärkten entscheidet darüber, ob und in welcher Weise (zu welchen Kosten und Opfern) handeltreibende Gesellschaften ihre Ziele von "Entwicklung" realisieren können. Soweit sie aber den Verheißungen der Modernisierung und der Verwestlichung Glauben schenken und ihnen folgen (und mit Ausnahme der sozialistischen Diktaturen Nord-Korea und Kuba sowie der antiwestlichen fundamentalistischen Islamisten in Sudan und Afghanistan tun dies alle Entwicklungsgesellschaften), gibt es gewisse Fremdwänge und Anpassungszwänge: "Beim ersten bist du frei, beim zweiten bist du Knecht!", wie es treffend in Goethes Faust heißt.

Es hat daher seit langem Sozialwissenschaftler gegeben, die von der alternativlosen Unterwerfung der Entwicklungsgesellschaften unter die Sachzwänge des Kapitalismus ausgegangen sind, z.B. Isolde Demele und Wolfgang Schoeller: Die innere Struktur traditionaler Gesellschaften – so argumentierten sie schon in den 80er Jahren –, die nicht auf die Erzielung von Überschüssen, sondern auf den Erhalt eines Gleichgewichts von Arbeitsaufwand und Bedürfnis ausgerichtet ist, begründet keinen Ansatz, aus eigenem Antrieb eine ökonomische Entwicklung einzuleiten. Daher bleibe nur der Weg der nachholenden Modernisierung nach westlichem Vorbild, solle die Marginalisierung und Peripherisierung nach lateinamerikanischem Muster vermieden werden.

Dieter Senghaas und Ulrich Menzel haben in der *"Theorie der assoziativ-dissoziativ nachholenden Entwicklung"* den bisher wohl tragfähigsten Versuch unternommen, eine Synthese herzustellen "von bürgerlicher bzw. marxistischer Modernisierungstheorie, die eine weltweite Determinierung von Entwicklung annimmt, und der Dependenz- und Weltsystemtheorie, die für die Peripherie von der umgekehrten Annahme ausgeht" (Menzel 1995: 39). Entwicklung als Ergebnis einer "gemischten Außenwirtschaftsorientierung" – so ihre Erkenntnis in nuce – habe sich nirgends automatisch eingestellt, sondern wenn sie überhaupt zustandekam, dann "war sie das Ergebnis politischer Konflikte und daraus resultierender Kompromisse zugunsten eines eigenständigen nationalwirtschaftlichen Entwicklungsweges trotz Exportorientierung" (Menzel/Senghaas 1986: 29). An diesen Befund knüpft schließlich die aktuelle Theorie der demokratischen Transition an (Merkel 1994; Schubert/Tetzlaff/Vennewald 1994; Schubert/Tetzlaff 1998).

Aus dieser Perspektive ist auch die Diskussion über nichtwestliche (asiatische, konfuzianische) Werte als angebliche Negation westlicher Normen mit ihrem universellen Gültigkeitsanspruch zu betrachten. Sicherlich ist die politische Kultur einer Gesellschaft ein zentrales Steuerungssystem im Transitionsprozeß einer Gesellschaft, das Tempo und Richtung eines Anpassungsprozesses bestimmt. Aber politische Kultur kann nicht als beliebig manipulierbares Instrument in den Fängen autoritärer Regime instrumentalisiert werden, selbst wenn Entwicklungsdiktaturen (Malaysia, Singapur, China) der Versuchung nicht widerstehen können, alles als "unasiatisch" zu deklarieren, was ihre unkontrollierte Machtfülle begrenzen würde. Relevanter für Theorie und Praxis zukünftiger Entwicklungspolitik sind Einstellungen und Strategien der oppositionellen konfliktfähigen Gruppen in Entwicklungsländern. Sie fungieren meist als die entschlossensten Anwälte für Übernahme und Weiterentwicklung von Normen mit universeller Ausstrahlung wie Demokratie, Wettbewerb und Menschenrechte.

Fremdzwänge (Kolonialismus, Globalisierung der Märkte) haben sich in diesen Ländern in Selbstzwänge und schließlich kaum hinterfragte Sachzwänge verwandelt, als integraler Teil ihrer Integration in die moderne Weltgesellschaft.

Der koreanische Oppositionspolitiker Kim Dae Jung hat dem Gerede über "asiatische Werte" eine entschiedene Absage erteilt

mit den Worten: "Asien hat zur Demokratie keine praktische Alternative; sie stellt eine Angelegenheit des Überlebens in einem Zeitalter des sich intensivierenden weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerbs dar. Die Veränderungen der Weltwirtschaft haben bereits einen stärkeren und erleichterten Informationsfluß mit sich gebracht, der den Demokratisierungsprozeß in Asien beschleunigt hat" (Jung 1994: 192).

Als ein Bestandteil für die große Theorie kann aus der Entwicklung der erfolgreichen Schwellenländer gefolgert werden: Je weiter der ökonomische Modernisierungsprozeß (Agrarentwicklung, Industrialisierung, Alphabetisierung) voranschreitet, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit (nicht Notwendigkeit), daß es über die Austragung sozialer Interessenkonflikte zu Demokratisierungsschüben kommt. Dabei werden Zeitpunkt und Ausmaß der Transition von der organisierten Konfliktfähigkeit oppositioneller Gruppen und der Kompromißbereitschaft der strategischen Gruppen an der Macht bestimmt (Schubert/ Tetzlaff/ Vennewald 1994).

Fazit

Auf einer normativen Ebene hat es noch niemals in der Weltgeschichte ein so hohes Maß an programmatischer Übereinstimmung über Ziele und Strategien der "Entwicklung" gegeben, "einschließlich von Linken und Reformern" (Töpfer 1990: 154). Die UN-Menschenrechtskonferenz in Wien im Jahr 1993 hat das gezeigt.

Auch die **Konturen einer neuen "general theory" über Entwicklung sind zu erkennen**: Demokratisierung als Begleiterscheinung und Folge der Durchkapitalisierung der Weltgesellschaft, vermittelt über die quasi unwiderstehliche Vereinheitlichung der Erwartungshorizonte (Diffusion von Werten) und Lebenswelten als Folge von Industrialisierung und Weltverkehr. "Entwicklung" wird fast universell (mit der gewichtigen Ausnahme des islamischen Fundamentalismus, der einen vorübergehenden Rückzug aus der Moderne, nicht aber deren Alternative bietet) als Prozeß der gewollten, politisch durch den Staat lenkbaren gesamtgesellschaftlichen Veränderungen konzipiert, der zwei Endzielen zustrebt: **zum einen der Verwirklichung des demokratischen Rechtsstaats** (Demokratie und Menschenrechte, gewaltenteiliger Verfassungsstaat, "civil society" als Gegenspieler eines gebändigten Staates), und **zum anderen die Institutiona-**

lisierung einer pluralistischen marktwirtschaftlichen Ordnung unter dem mäßigenden Einfluß eines sozialen und umweltfreundlichen politischen Regimes ("good governance", qualitatives Wachstum, soziale Marktwirtschaft).

Diese Entwicklungsnormen werden in dem Maße an universeller Gültigkeit gewinnen können, wie sie helfen, einen spürbaren Beitrag zur Überwindung der Armut in der Zweiten und Dritten Welt zu leisten und diese mit der ökologisch gebotenen Notwendigkeit der Entwicklung und Anwendung "nachhaltiger" Wirtschaftssysteme in Einklang zu bringen.

Trotz der bislang geringen Lernfähigkeit bei den Schrittmachern der Weltgesellschaft im Verlauf der drei ersten Entwicklungsdekaden (die etwa ablesbar ist an den pessimistischen Bilanzen des Club of Rome) ist die Fortentwicklung umfassender Entwicklungskonzepte mit universellem Gültigkeitsanspruch in Richtung auf qualitatives Wachstum eine große Anstrengung wert (siehe dazu die Denkipulse in Kempfenhausen 1995). In der interdependenten Weltgesellschaft steht zuviel auf dem Spiel, was eine "entwicklungs"-besessene Menschheit wider Willen ruinieren könnte.

Literatur:

- Isolde Demele, Wolfgang Schoeller, Roald Steiner (1989): Modernisierung oder Marginalisierung. Investierbarer Überschuß und kulturelle Transformation als Grundlagen der Entwicklung. Frankfurt/M.
- Graham Fuller (1995): Der Kampf der Ideologien geht weiter, in: Die Zeit Nr. 21 (19. Mai 1995), S. 3
- Bob Goudzwaard, Harry M. de Lange (1990): Weder Armut noch Überfluß. Plädoyer für eine neue Ökonomie. München
- Kim Dae Jung (1994): Is culture destiny? The myth of Asia's anti democratic values, in: Foreign Affairs, Vol. 73, No. 6 (Nov/Dec. 1994), S. 189-195
- Axelle Kabou (1993): Weder arm noch ohnmächtig. Eine Streitschrift gegen schwarze Eliten und weiße Helfer. Basel
- Kempfenhausen (1995): Wie ist qualitatives Wachstum möglich? Zusammenfassung des 7. Kempfenhausener Gesprächs. München, Hypo-Bank
- Ulrich Menzel (1995): Geschichte der Entwicklungstheorie. Einführung und systematische Bibliographie. Hamburg, Deutsches Übersee-Institut
- Ulrich Menzel, Dieter Senghaas (1988): Europas Entwicklung und die Dritte Welt. Eine Bestandsaufnahme. Frankfurt/M.
- Wolfgang Merkel (Hg., 1994): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Opladen
- Günter Schubert, Rainer Tetzlaff, Werner Vennewald (1994): Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzepts der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (SKOG). Münster und Hamburg

- Gunter Schubert, Rainer Tetzlaff (Hg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt. Opladen 1998
- Rainer Tetzlaff (1993): Demokratie und Entwicklung als universell gültige Normen? Chancen und Risiken der Demokratisierung in der außereuropäischen Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, S. 79-108, in: C. Bohret, G. Wewer (Hg., 1993): Regieren im 21. Jahrhundert. Opladen
- Rainer Tetzlaff (1996): Theorien der Entwicklung der Dritten Welt nach dem Ende der Zweiten (sozialistischen) Welt, in: K. v. Beyme und C. Offe (1996, Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation (PVS-Sonderband). Opladen, S. 59-93
- Barbara Töpfer (1990): Die Frage der Demokratie in der Entwicklungstheorie. Kritisches Resümee von 40 Jahren Theoriegeschichte, in: Peripherie Nr. 39/40, S.127-160

Prof. Dr. Rainer Tetzlaff lehrt internationale und Dritte-Welt-Politik am Institut für politische Wissenschaft der Universität Hamburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Afrika, Fragen der Demokratie-Entwicklung und die Bretton-Woods-Institutionen.